

Schließung des Lagers gefordert

Kundgebung gegen vermutetes Berliner Ausreisezentrum für geduldete Migranten

Von Peter Nowak

Zwischen Fabrikschornsteinen und Förderbändern befindet sich eine von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) betriebene Zentrale Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAS) in der Motardstraße 101a in Spandau. Diese Adresse ist in der letzten Zeit verstärkt in die Kritik geraten. Das Berliner »Bündnis gegen Lager – Berlin und Brandenburg« fordert die Schließung der Einrichtung. Das ist auch die Forderung einer Kundgebung, zu der ein antirassistisches Bündnis für heute, 16 Uhr, vor dem Pankower Sozialamt in der Fröbelstraße/Ecke Prenzlauer Allee aufruft.

Die Kundgebung wird auch vom Berliner Flüchtlingsrat und der Antifa Friedrichshain unterstützt. Die

Einrichtung in der Motardstraße steht bei den Antirassisten aus mehreren Gründen in der Kritik. Flüchtlinge beklagen sich über den schlechten Zustand der Zimmer, unabschließbare Schränke und fehlende Kochmöglichkeiten. Zweimal täglich werden von der Firma Dussmann normierte Einheitsessen an die Einrichtung geliefert.

Das Protestbündnis befürchtet auch, dass in der Motardstraße still und heimlich Berlins erstes Ausreisezentrum etabliert wurde. Dort werden nach Paragraph 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes geduldete Migranten untergebracht, denen die Behörden vorwerfen, lediglich aus finanziellen Gründen eingereist zu sein.

Die Arbeiterwohlfahrt als Be-

treiberin der Einrichtung betont, dass die Unterbringung der Flüchtlinge den gesetzlichen Vorgaben entspreche. Die Organisation sei die falsche Adresse für die Proteste. »Die Kritiker müssen sich an den Senat wenden«, meinte AWO-Pressesprecher Renner in einem Pressegespräch vor Ort. Die AWO könne nicht geradebiegen, was die Politik zu verantworten hat. Das sehen die Antirassisten ähnlich.

»Wir wollen die politisch verantwortliche Sozialstadträtin Lioba Zürn-Kasztantowicz (SPD) mit unseren Forderungen konfrontieren«, begründet Bündnissprecherin Hannah Schuster gegenüber ND die Wahl des Ortes für die Kundgebung. Im Bezirk Pankow würden besonders viele Flüchtlinge in die Motardstraße 101 einge-

wiesen. Dabei werde von Seiten der Verwaltung mit der Sanierung der Bezirksfinanzen argumentiert. Für Schuster ist das eine zynische Argumentation, die darüber hinaus noch falsch sei. »Lager mit Vollverpflegung sind immer teurer, als den Menschen die Miete von Wohnungen zu ermöglichen und ihnen Bargeld zu geben.«

Das »Bündnis gegen Lager – Berlin/Brandenburg« hat zu der Einrichtung in der Motardstraße eine 45-seitige Broschüre herausgegeben, die kostenfrei bestellt werden kann. E-Mail-Adresse: buendnis-gegen-lager@riseup.net oder auf dem Postweg über »Bündnis gegen Lager – Berlin/Brandenburg«, c/o FFM, Mehring-Hof, Gneise-naustr. 2a, 10961 Berlin.